Dienstag, 31. Januar 1922. Einzelnummer 15 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 25.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis M
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher 4246, 2273, 3110, 3249

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 40.— M, Reklameteil 120.— M. Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M, im Reklameteil 10.— M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das deutsche Steuerprogramm.

Die Rede Dr. Wirths.

Nachdem in letzter Stunde über das Steuerkompromiß zwischen den Parteien eine Einigung zustande gekommen war, hat Reichskanzler Dr. Wirth im Reichstag das Wort zu einer Erklärung der Reichsregierung ergriffen und in einer dreiviertelstündigen Rede folgendes ausgeführt:

Er begann mit einem Rückblick auf die **Politik des Kabinetts**, die er auf die Formel brachte: im **Innern** Erhaltung und Wiederaufbau des Reiches, Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden durch innere Konsolidation der Nation, in der **auswärtigen Politik** Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt und als Mittel hierzu die Bereitwilligkeit, die Lasten Deutschlands aus dem Friedensvertrage und seine Annexionen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu erfüllen in der Überlegung und Überzeugung, daß nur durch praktische Leistungen die Leistungsgrenzen wirklich festgestellt werden können, und daß nur die weltwirtschaftlichen Folgen der deutschen Leistungen die Welt über die wirkliche Natur der deutschen Reparationsverpflichtungen aufklären können.

Am 6. Oktober habe der Reichstag der Regierung die Ermächtigung erteilt, die von ihr eingeleitete Politik, deren Kern die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze des Möglichen sei, unverändert fortzuführen. Als die Regierung im Dezember feststellen mußte, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Barleistungen aus laufenden Mitteln nicht bezahlt werden könnten, habe sie an die Bank von England das Ersuchen gerichtet, Deutschland die Zahlungen durch eine langfristige Anleihe von etwa 500 Millionen Goldmark oder durch entsprechende kurzfristige Kredite zu ermöglichen. Dieses Gesuch sei abgelehnt worden mit der Begründung, daß unter den Bedingungen, die zurzeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands beherrschen, ein Kredit in England nicht erhältlich sei. Damit sei zum ersten Male aus den Reihen unserer ehemaligen Gegner statistisch festgestellt worden, daß die Lasten, die Deutschland auferlegt wurden, seinen Kredit vernichten.

Der Reichskanzler gab dann einen kurzen Überblick über die Geschehnisse in London und Cannes. Unter dem lebhaften Beifall des Zentrums und der Linken dankte er Dr. **Rathenau** für die Deutschland geleisteten Dienste, die er in hellen Farben schilderte.

Nachdem der Reichskanzler mitgeteilt hatte, daß das deutsche Programm der Reparationskommission übergeben werden würde, ging er zu dem fesselndsten Teile seiner Rede über, zu einer sehr sorgfältig abgewogenen, aber bei aller diplomatischen Vorsicht **doch deutlichen und kraftvollen Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Herrn Poincaré vor der französischen Kammer. Nicht mit Worten, aber mit unwiderleglichen Zahlen bewies er ihm die Unwahrheit seiner Behauptung, daß Deutschland bisher noch so gut wie gar keine Reparationen geleistet habe. Unter wiederholter Zustimmung des Hauses betonte er, daß Deutschland sein Möglichstes getan habe. Auch sonst rechnete er mit dem unversöhnlichen Widersacher Deutschlands so gründlich und wirksam ab, daß ihn wiederholt stürmischer Beifall unterbrach.**

„Der französische Kabinettswechsel ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt als ein **Symptom** angesehen worden, das der **Wiederherstellung** eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch **Rückschläge** bringen könnte. Poincaré hat in Senat und Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Schäden wiedergutmachen, damit Frankreich die verlorenen Milliarden zurückerstattet würden. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine eingegangenen Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut widersprechen. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatums **Barleistungen von 1108 Millionen Goldmark und Sachleistungen von 420 Millionen Goldmark** abgeführt. Hierzu treten die im Clearingverfahren seit dem Friedensschluß abgeführten **500 Millionen Goldmark.** Hinzu kommen die vor dem Ultimatum getätigten Zahlungen Deutschlands, die **Ablieferung der Handelsflotte, der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, der Seekabel und anderes mehr.** Poincaré sagte weiter, Deutschland habe nichts leisten wollen. Unsere Aufklärungen haben in letzter Zeit manchen erreicht. Die Vorwürfe Poincarés aber machen den Eindruck, als ob man in Frankreich tauben Ohren gepredigt hätte und man uns dort nicht hören wolle. Wir werden in Genua Gelegenheit finden, den beharrlichen Irrtümern entgegenzutreten.

Der Vorwurf der **Parteilichkeit des Reichsgerichts** muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Nicht nur Angehörige neutraler Staaten, auch Mitglieder der englischen Delegation haben diese Unparteilichkeit wiederholt ausdrücklich betont. (Hört, hört!) Wie Deutschland seinerzeit physisch unmöglich die verlangte Auslieferung ausführen konnte, so wird auch die Auslieferung im vierten Jahre nach Beendigung des Krieges unmöglich sein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die französische Regierung diese Frage der **sogenannten Kriegsbeschuldigten** und noch anderer Fragen, so die der angeblich noch nicht durchgeführten Entwaffnungsaktion, dazu benutzen will, um von neuem das System der Sanktionen anzuwenden.

Wir werden diesem gänzlich negativen Programm der französischen Regierung ein positives entgegensetzen. Das wichtigste in diesem Programm ist ein baldiger völliger Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien."

Der Reichskanzler wandte sich sodann der Steuerfrage zu und teilte das vor Toresschluß vereinbarte **Kompromiß** mit. Als er hinzufügte, daß es die Zustimmung der **Parteien** von der Deutschen Volkspartei bis zu den **Sozialdemokraten** gefunden habe, ertönten von dem äußersten Flügel der **Rechten** und der **Linken** laute Entrüstungsrufe. Der Kanzler bezifferte unter großer Bewegung des Hauses das Gesamtergebnis der Steuern für das Jahr 1922 auf rund 100 Milliarden gegen 55 Milliarden im Jahre 1921.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede gedachte Dr. **Wirth** des Hinscheidens des Papstes und kam dann am Schluß wieder in das ihm sehr zusagende Fahrwasser, indem er, anknüpfend an ein Wort von **Lloyd George**, es als Deutschlands höchste Aufgabe bezeichnete, sich wieder das **Vertrauen der Völker** zu erwerben. Der Wiederaufbau Rußlands, dem auf der Konferenz von Genua besonderes Interesse zugewendet werden wird, könne nur im Einvernehmen mit Rußland ausgeführt werden. Die deutsche Regierung hege die größten Bedenken gegen eine Politik, die Rußland als eine **Kolonie** betrachtet und behandelt wissen wollte. Mit den Worten: „Gebt uns den wahren Frieden. Wir haben den guten Willen gezeigt, einen dauernden Frieden zu schaffen im Vertrauen darauf, daß uns die gerechte Würdigung in der Welt nicht versagt werden wird!" schloß die Kanzlerrede. Stürmischer wiederholter Beifall wurde ihr zuteil.

Das Steuerprogramm.

In seiner Reichstagsrede machte der Reichskanzler über das Steuerkompromiß folgende Mitteilungen:

1. Die **Vermögenszuwachssteuer** soll 200 Prozent **betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von 1 Milliarde Goldmark aufgebracht werden. Diese ist in den ersten drei Jahren unverzinslich. Dadurch sollen die Mittel für die Kredite flüssig werden, die das Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr bereitgestellt hat, und die nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind.**

2. **Die Nachkriegssteuern sollen fallengelassen werden, die ein nicht genügendes Aufkommen ergeben.**

3. **Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Proz. zur Anwendung kommen.**

4. **Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.**

5. **Die Zuckersteuer soll mit Rücksicht auf die starke Vorbelastung des Verbrauchs durch die Umsatz- und Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsernährung auf 59 Mark für den Doppelzentner festgesetzt werden.**

6. **Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates bemessen werden.**

7. **Bei der Biersteuer sollen bezüglich der Steuergesetze die Beschlüsse erster Lesung aufrecht erhalten werden. Die Verrechnung der Gemeinde-Bierbesteuerung soll dem Reichssteuergesetz überlassen werden.**

8. **Die Einheit der gesamten Steuervorlage soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden. In diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.**

Berliner Pressestimmen zur Reichskanzlerrede.

Die „Germania" kennzeichnet die Wirthsche Rede als die Politik der Sachlichkeit.

Der „**Vorwärts**" sagt, wenn Dr. Wirth gestern seine Politik, gestützt auf eine starke Mehrheit und auf ein weites Finanzprogramm, vertreten konnte, so war seine Aufgabe verhältnismäßig leicht. Er hat sie überdies mit großem Geschick gelöst. Betreffend die Deutsche Volkspartei erklärt der „Vorwärts", daß ihre Opferwilligkeit sehr begrenzt ist, und daß es notwendig bleibt, ihr gegenüber die Augen offen zu halten. Darüber ist man sich in der sozialdemokratischen Partei durchaus im Klaren.

Die „**Freiheit**" urteilt: Glücklich und würdig war die Entgegnung Wirths auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten, glücklich und klar formuliert waren die Ausführungen Wirths über das russische Problem. Innerpolitisch wird, so meint die „Freiheit", die Deutsche Volkspartei um so stärker ihren Einfluß geltend zu machen suchen, da die neue Parlamentsmehrheit außenpolitisch die Haltung der Regierung nicht geändert habe.

„**Die Zeit**" schreibt: Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth hat im Reichstage eine gute Aufnahme gefunden und dürfte auch im Auslande günstig wirken. Zum ersten Male ist Wirth, der sich in seiner Rede genau an das Manuskript hielt, vor den Reichstag nicht als Parteimann, sondern als Kanzler des Reiches getreten mit dem ernsten Bestreben zu einen, nicht zu trennen. Von der Deutschen Volkspartei stellt die „**Zeit**" fest, daß sie sich noch recht bemerkenswerte Verdienste um die Verhinderung eines für Deutschland verhängnisvollen neuen Sieges der sozialdemokratischen Erfüllungs- und Steuerpolitik erworben hat.

Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" bemerkt: **Deutschland wird redlich das Seinige tun, um die Ansprüche seiner ehemaligen Gegner nach Maßgabe des Möglichen zu befriedigen. Das ist der Zweck der Vorschläge, die von der Berliner Regierung heute an die Reparationskommission gerichtet werden.**

Die „**Tägliche Rundschau**" meint: **Ein Mann hielt eine Rede und sagte nichts. Und Josef Wirth bleibt zum vierten Male der Kanzler unserer Verlegenheit, diesmal, wie gesagt, auf lange Sicht.**

Der „**Tag**" erklärt, nach einem Rückblick: **Nun unterstehen wir fremdem Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus. Wir erfüllen jedes seiner Gebote und liefern das Letzte ihm aus. Und Wirth erneuert das Gelöbnis seiner unwandelbaren Treue und Ergebenheit.**

Das „**Berliner Tageblatt**" stellt fest: **Dr. Wirth konnte, nachdem ihm das schwierige Werk des Steuerkompromisses gelungen war, einen neuen parlamentarischen Erfolg buchen. Seine Position ist heute gefestigter denn je.**

Der „**Berliner Lokalanzeiger**" erklärt, daß Dr. Wirth in seiner gestrigen Reichstagsrede endlich einmal so gesprochen hat, daß sich mit längeren politischen Darlegungen mit ihr auch die nationale Rechte im wesentlichen abfinden kann.

Der englisch-französische Garantievertrag.

London, 28. Januar. Die erste Unterredung **Lord Curzons** mit dem in London eingetroffenen **St. Aulaire** dauerte 1¼ Stunden. Gegenstand der Erörterung war ausschließlich der **englisch-französische Garantievertrag**, besonders die Aenderung des ersten Textes des Vertrages, die St. Aulaire im Einvernehmen mit den in Paris erhaltenen Instruktionen vorbrachte. Besonders hervorzuheben ist, daß sofort nach der Ankunft des französischen Botschafters in Downingstreet der Kabinettsrat zusammenberufen wurde. In Londoner gut informierten politischen Kreisen herrscht weiterhin die Ueberzeugung, daß alle Fragen des englisch-französischen Vertrages das Einverständnis Englands finden, mit Ausnahme der **Konvention über die Seestreitkräfte**, sowie die Klauseln, **welche Polen betreffen**. Die englische Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die oben erwähnte Konvention in schroffem Gegensatz zur Politik Englands steht, welches danach strebe, die militärische Ausgaben soweit wie möglich herabzusetzen.

Nach einer Meldung der „**Daily Mail**" wird Frankreich in der Diskussion über den englisch-französischen Vertrag von England ein tätiges Eingreifen im Falle eines Angriffs Deutschlands auf Polen nicht fordern. Im Gegensatz zu dieser Meldung erfährt der Londoner Korrespondent des „**Dziennik Poznański**" aus bestunterrichteter Quelle, daß der französische Botschafter in London im Zusammenhang mit den erhaltenen Weisungen von England fordern werde, daß in den Vertrag Klauseln aufgenommen werden, die ein Eingreifen Englands im Falle eines Überfalls Polens durch Deutschland garantieren.

Französische Nachgiebigkeit.

London, 29. Januar. (Telunion.) **Poincaré** hat für die Verhandlungen über den Garantievertrag seinem Botschafter **Saint Aulaire** ausführliche Anweisungen erteilt, die diesen befähigen, mit dem britischen Außenminister in „**entgegenkommender Form**" zu verhandeln. Es verlautet, daß Saint Aulaire von der englischen Regierung besonders eine militärische Verpflichtung verlangen wird.

Oberschlesien-Verhandlungen.

Am 27. Januar fand im **Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets** eine **Pressekonferenz** statt, in der der Vizeminister Dr. **Zygmunt Seyda** über den bisherigen Verlauf der oberschlesischen Verhandlungen berichtete. Besonders eingehend sprach er über die Arbeiten des 9., des 10., des 11. und des 12. Ausschusses, die zusammen die von ihm, dem Vizeminister Seyda, geleitete 4. Gruppe bilden.

Der 9. **Ausschuß** beschäftigte sich mit der **Normierung des Personenverkehrs** zwischen den beiden Teilen Oberschlesiens. Der Industriebezirk, der bis jetzt ein Ganzes darstellte, zeichnete sich früher durch ungewöhnlich lebhaften Personenverkehr aus und hatte auf verhältnismäßig geringem Raum sehr viele Städte und Städtchen. Die Zerteilung dieses Gebietes durch die neue Grenze drohte bei dem gegenwärtigen Paßsystem, diesen Verkehr zu vernichten und dadurch auch Handel und Gewerbe zu untergraben. In dem Bestreben, einige Zeit hindurch noch die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens beizubehalten, und sie erst allmählich aufzuheben, garantierte die Entscheidung des Botschafterrates für 15 Jahre die Freiheit des Personenverkehrs im Abstimmungsgebiet für Personen, die in Oberschlesien ihren festen Wohnsitz oder ihre dauernde Beschäftigung haben. Beide Staaten wurden dadurch in eine schwierige Lage versetzt und sahen sich der schwierigen Aufgabe gegenüber, sich gegen einen Zustrom unerwünschter Elemente über die oberschlesische Grenze zu sichern, ohne daß dadurch Handel und Gewerbe geschädigt würden. Da in dieser Hinsicht die Interessen beider Staaten sich deckten, kam es zwischen Polen und Deutschland schnell zu einer grundsätzlichen Einigung. Es wurde beschlossen, daß das Recht des freien Verkehrs auf Grund einer besonderen Zirkulationskarte nur diejenigen Bewohner Oberschlesiens haben sollen, die schon vor dem 1. Januar 1921 im Abstimmungsgebiet ihren dauernden Wohnsitz oder ihre dauernde Beschäftigung hatten oder diese in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis zum 1. Januar 1925 erwerben werden. Größere Schwierigkeiten verursachte infolge der komplizierten Verhältnisse in Oberschlesien die technische Durchführung dieser Grundsätze. Aber auch in bezug auf diese kam es zu einer vollständigen Einigung. Zum Zwecke der Kontrolle von seiten beider Staaten muß die „Zirkulationskarte", die von Verwaltungsbehörden eines Staates aufgestellt ist, einen Sichtvermerk von den Konsulatsbehörden des anderen Staates erhalten. Damit Konflikte zwischen den beiden Staaten vermieden werden, wurde außerdem das Verfahren bei der Ausstellung der Zirkulationskarten und bei der Entscheidung etwaiger Streitigkeiten über diese im einzelnen festgesetzt.

Gemeinsam mit dem Zollausschuß arbeitete der 9. Ausschuß den Entwurf eines Abkommens aus über den Grenzverkehr innerhalb der Fünfkilometerzone. Gemeinsam mit dem Eisenbahnausschuß, dem Postausschuß und dem Zollausschuß wurde der Entwurf eines Abkommens ausgearbeitet über den Transitverkehr durch Oberschlesien. Gegenwärtig arbeitet der 9. Ausschuß gemeinsam mit dem Eisenbahnausschuß an einem Abkommen über Rechte und Pflichten der Beamten eines Staates im Bereich des anderen.

Der 10. **Ausschuß** (Rechtsausschuß) beschäftigte sich mit folgenden Fragen: 1. Die Entscheidung des Botschafterrates beschloß eine gewisse Beschränkung der polnischen Staatssouveränität auf dem Gebiete der Gesetzgebung für Oberschlesien. Alle Rechtsnormen über die Organisierung der Behörden und über den Verlauf des Vorgehens vor ihnen wurden dem Bereich dieser Beschränkung entzogen. Diese Beschränkungen sollen 15 Jahre dauern. 2. Die Entschließung des Botschafterrates legte beiden Staaten die Pflicht auf, alle erworbenen Rechte zu achten und anzuerkennen. Polen erlangte die Einwilligung der deutschen Delegation dazu, daß diese Verpflichtung dahin eingeschränkt wird, daß die Grundsätze des Rechts über die erworbenen Rechte auf dem Wege der allgemeinen Gesetzgebung geändert werden können, es sei denn, daß es sich um Rechte handelt, die sich auf das Abstimmungsgebiet, und insbesondere auf Zahlungsansprüche in diesem Gebiet beziehen. 3. Die Entschließung des Botschafterrates enthält die Vorschrift, daß Polen für den Verlauf von 15 Jahren auf das Recht der Liquidierung der Industrieanlagen, der Bergwerke, der Erzlager verzichtet, es sei denn, daß die Liquidierung im Hinblick auf die Möglichkeit einer Sabotage notwendig wäre. Zu einer Verständigung ist es nicht gekommen; die Erledigung der Angelegenheit wurde mit Rücksicht auf ihren politischen Charakter vertagt. 4. Streitfälle zwischen beiden Regierungen über Gesetzgebungsnormen, die den Industrie- oder Handelsbetrieben Beschränkungen auferlegen in der Staatszugehörigkeit des Personals, der Mitglieder der Aufsichtsräte, oder auch in ihren Kapitalien werden dem Völkerbundrat vorgelegt werden. 5. Beide Regierungen können auf dem Wege des Vertrages alle oben genannten Vorschriften ändern oder aufheben. 6. Eine besondere Stellung in den Beratungen nahmen die Angelegenheiten der **Staatsbürgerschaft** und der **Option** ein. Zum größten Teil wurde eine Verständigung erzielt, und zwar auch in der äußerst wichtigen Angelegenheit des Optionsverfahrens, das im Sinne der Genfer Entscheidung der internationalen Kontrolle unterliegen wird. Eine Verständigung wurde ebenfalls über den außerordentlich umstrittenen Begriff des Wohnsitzes erzielt. Dagegen gelang es nicht, eine Verständigung herbeizuführen in den Fragen, auf die die Möglichkeit der Liquidierung einwirkt. Ihre Erledigung wird von der Verständigung in der Liquidierungsfrage abhängen.

Der 11. **Ausschuß** verhandelte über **Schulfragen** und bereitete einen Vertragsentwurf vor, der auf der deutschen Seite das polnische Elementarschulwesen, auf der polnischen Seite das deutsche Elementarschulwesen sichert, nach Maßgabe der Zahl der Schulkinder, die zu der gegebenen Minderheit in den einzelnen Schulbezirken gehören. Meinungsverschiedenheiten bestehen über die Frage der höheren Schulen und der Privatschulen. Was diese letzteren betrifft, so forderte die deutsche Delegation eine Reihe von Vorrechten für die **Schulvereine**, die von der polnischen Delegation abgelehnt wurden.

In der Frage der **Sprachenvergünstigungen** für die Minderheiten bei Gerichten wurde eine Verständigung erzielt, nach der die Minderheiten die Garantie haben werden, daß ihre Erklärungen und Eingaben, die in der Muttersprache abgefaßt sind, angenommen werden. In der Frage der Sprachenvergünstigungen für die Minderheiten im Verkehr mit Verwaltungsbehörden legte die polnische Delegation einen Entwurf vor, auf den sie bisher noch keine Antwort erhalten hat.

Der Vertragsentwurf über die Rechte der Bürger der **nationalen Minderheiten** sichert ihnen die **Gleichberechtigung** gegenüber dem Recht und gegenüber den Behörden. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur in wenigen Punkten.

An den Verhandlungen über die **Religionsbekenntnisse** fordert die deutsche Delegation die Beibehaltung der Ab-

hängigkeit der evangelischen unierten Gemeinden in Polen von ihren vorgesetzten Behörden in Preußen. Die polnische Delegation lehnt diese Forderung ab.

Dem 12. Ausschuß unterliegen die Kompetenzen und Attribute des gemischten Ausschusses und des Schiedsgerichtshofes, in dem von deutscher Seite Minister Simons den Vorsitz führt. Dieser Ausschuß hielt in Beuthen nur einige Vorbesprechungen ab, da im Sinne der Geschäftsordnung die eigentlichen Verhandlungen dieses Ausschusses in Genf stattfinden werden.

Die Arbeiten der anderen Ausschüsse wurden im allgemeinen ebenfalls zu Ende geführt. Gegenwärtig finden noch Verhandlungen zwischen dem Hauptbevollmächtigten über die Beseitigung einiger Meinungsverschiedenheiten statt. In Genf werden auch die Hauptverhandlungen des 11. und des 12. Ausschusses stattfinden. Ihr Beginn ist auf den 10. Februar festgesetzt.

Eine Erklärung Dr. Schiffers.

Berlin 28. Januar. Das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet, der deutsche Bevollmächtigte für die Verhandlungen in Oberschlesien Schiffer habe in der deutschen Kommission erklärt, daß die Verhandlungen in vielen Punkten einen günstigen Abschluß fanden. Unerledigt jedoch ist noch die Valutafrage. Schiffer hegt jedoch die Hoffnung, daß die deutsche Mark als Zahlungsmittel im polnischen Teil Oberschlesiens mit dem Vorbehalt jedoch von polnischer Seite beibehalten wird, daß Polen bei einer jährlichen Kündigung den Kontrakt verändern könne. Den deutschen Gläubigern würden ihre Ansprüche vor der Änderung der Valuta in deutschen oder in polnischen Mark nach dem Tageskurse ausgezahlt werden. In der Liquidierungsangelegenheit und in der Nationalitäten- und Optionsfrage ist es zweifelhaft, ob eine Einigung vor Beginn der Beratungen in Genf erzielt werden wird. Deutschland, so führt Schiffer weiter aus, wünscht weiter auf dem Wege der Einigkeit und des Friedens zu wandeln. Aber die Grenzen seiner Nachgiebigkeit sind von materiellen, ideellen und nationalen Rücksichten diktiert. Schiffer nimmt an, daß die Verhandlungen Ende Februar abgeschlossen werden. Darauf werde die Ratifizierung des Vertrages durch den Reichstag und der Austausch der Dokumente erfolgen.

Der Termin für Genf verschoben.

Warschau, 29. Januar. Die „Rzeczpospolita" teilt mit daß der Termin des Beginns der oberschlesischen Verhandlungen in Genf auf beiderseitigen Wunsch verschoben worden ist.

Die französisch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 29. Januar. Die „Gazeta Warszawska" erzielt eine Depesche aus Paris, nach welcher die polnisch-französischen Verhandlungen zu Ende geführt sind. Die Unterzeichnung soll in nächster Zeit erfolgen. Es handelt sich um 1. den Handelsvertrag dessen Text schon fertiggestellt wurde, 2. den gegenseitigen Vertrag in der Angelegenheit der französischen Interessen in Polen und umgekehrt, 3. die Petroleumkonvention, 4. den Gesetzentwurf über das Inkrafttreten des politischen und militärischen Vertrages.

Zamojski bei Poincaré.

Warschau 29. Januar. Der Besuch des Gesandten Zamojski bei Poincaré war ungewöhnlich herzlich. Poincaré sprach sich sehr freundschaftlich über die französisch-polnischen Beziehungen für die Zukunft aus und äußerte den Wunsch, daß der polnisch-französische Handelsvertrag mit möglichster Beschleunigung unterzeichnet werden solle.

Kreise, die Poincaré nahe stehen, sind der Ansicht, daß der Chef der französischen Regierung die Sicherheitsgarantieen des polnisch-französischen Handelsvertrages als grundlegend für Frankreich anerkennt und nicht von ihnen zurücktreten könne. Die Angelegenheit des Friedens erfordert, daß Polen gegen einen Angriff seitens Deutschlands gesichert sei. Diese Sicherung sei für Frankreich eine Ehrenfrage.

Der Wilnaer Sejm.

Wilna, 29. Januar. Am Eröffnungstage des Sejm wird eine große politische Festlichkeit beim Vorsitzenden des T. K. R., Herrn Meysztowicz, stattfinden.

Die Wahl des Sejmmarschalls ist weiterhin das Thema von Verhandlungen zwischen den Parteien. Wahrscheinlich werden außer dem Marschall drei Stellvertreter gewählt werden. Nach bisherigen Angaben soll der Sejm am 4. Februar nach feierlichem Gottesdienst zusammentreten. Die Sitzung wird der Vorsitzende der Verwaltungskommission mit einer Ansprache eröffnen, worauf er den Vorsitz dem ältesten Abgeordneten, dem Erzbischof Hryniewiecki, übergibt. Schriftführer wird der jüngste Abgeordnete sein. Der Erzbischof Hryniewiecki wird den nach ihm Ältesten mit dem Vorsitz betrauen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß auf dieser ersten Sitzung das Reglement angenommen wird und die Wahl der Marschälle erfolgt.

Wilna, 28. Januar. Am 20. d. Mts. ist aus Kowno in Wilna die militärische Kontrollkommission des Völkerbundes eingetroffen, welche sich aus einem Japaner, einem Engländer, dem polnischen Offizier Lubieński und dem Litauer Delunas zusammensetzt.

Um die Konferenz von Genua.

Nach Berichten aus London soll das Zustandekommen der Konferenz stark in Frage gestellt sein. Das „Journal de Pologne" erfährt, daß der französische Botschafter in London Bedingungen vorgelegt haben solle, von deren Anerkennung Frankreich seine Teilnahme in Genua abhängig macht. Für den Fall, daß diese Bedingungen in London nicht anerkannt werden, lehnt Frankreich die Teilnahme an der Konferenz kategorisch ab.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika widersetzen sich nach wie vor einer Teilnahme an der Konferenz in Genua, weil sie fürchten, daß die Konferenz nicht allgemeinen, sondern eigennützigen Zwecken dienen könnte. Die Vereinigten Staaten würden der Konferenz geneigter gegenüberstehen, weil sie später stattfinden würde, damit Europa Zeit gewinne das Gleichgewicht zu erlangen.

Der Moskauer Korrespondent der „New York Times" meldet, Tschitscherin habe in einer Unterredung erklärt, daß er auf der Konferenz in Genua die Bestrebung Englands, das Wiedergutmachungsprogramm einer Revision zu unterziehen und auch die Forderungen Lloyd Georges bezüglich des Systems der offenen Diplomatie unterstützen werde. Tschitscherin sprach sich sehr lobend über Lloyd George aus, den er für den besten Freund Sowjetrußlands hält. Nach den Versicherungen Tschitscherins werden sich außer ihm auch die Kommissare für die auswärtigen Angelegenheiten folgender Sowjetrepubliken nach Genua begeben: Die des fernen Ostens, der Ukraine und des Kaukasus.

Lloyd George wird, wie aus London berichtet wird, ganz bestimmt an der Konferenz in Genua teilnehmen.

Wie aus Paris gemeldet wird, sind in gutinformierten politischen Kreisen Gerüchte im Umlauf, daß die Konferenz in Genua nicht am 8 Februar — dem festgesetzten Tage — eröffnet werden könne, wegen der unvorhergesehenen Hinziehung der Konferenz in Washington und der Unmöglichkeit, bis zu diesem Termin die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz zu Ende zu führen.

Litauens Einladung.

Riga, 28 Januar. Nach Informationen hiesiger politischer Kreise wird Litauen eine Einladung zur Konferenz in Genua erhalten.

Polens Vorbereitungen.

Warschau 29. Januar. Am Sonnabend fand im Präsidium des Ministerrates die erste Vorbereitungskonferenz zur Konferenz in Genua statt. Bericht erstattete Herr Wieniawski.

Benesch's Auslandsreise und die Verschiebung der Konferenz in Genua.

Prag 29. Januar. (Tel.-U.) Das Parlament dürfte heute die Wintersaison schließen und nach fünfwöchiger Pause erst im März wieder zusammentreten. Falls Ministerpräsident Benesch in Verbindung mit der Konferenz von Genua, die nicht im März, sondern erst nach Ostern in der zweiten Hälfte des April stattfinden soll, eine große Auslandsreise antreten sollte, dürfte er durch den Landesverteidigungsminister im Vorsitz des Ministerrats vertreten werden.

Oesterreich.

Der Rücktritt des Kabinetts Schober.

Wien 28. Januar. Der Nationalrat nahm am Donnerstag mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Großdeutschen den Vertrag von Prag an. Bundeskanzler Dr. Schober hat dem Bundespräsidenten Dr. Hainisch die Demission des Kabinetts überreicht. Allgemein rechnet man damit, daß Schober auch an der Spitze des kommenden Kabinetts stehen wird.

Wiederwahl Schobers.

Wien 29. Januar. Schober wurde mit 80 gegen 72 Stimmen als Kanzler wiedergewählt. Für die Wiederwahl stimmten die Christlich-Sozialen und die Bauernschaft, während die Sozialdemokraten und die Großdeutschen dagegen stimmten. Die Sozialdemokraten kommandierten jedoch eine Anzahl ihrer Parteimitglieder aus dem Sitzungssaale ab. Was die Betrauung des Ministers für Landwirtschaft, Monnet mit der Leitung des Ministeriums des Äußern betrifft so glaubt man, daß es sich hier nur um ein Provisorium handelt und nennt den Präsidialchef des Bundespräsidenten Haine. Sektionschef Dr. Loewenthal als diejenige Persönlichkeit die in der nächsten Zeit zum Minister des Äußeren gewählt werden wird. Der Bundesrat hat den Vertrag von Prag ebenfalls parlamentarisch erledigt.

Das neue Kabinett Schober.

Wien, 29. Januar. (Tel.-U.) Der Nationalrat wählte Schober als Kanzler und Minister für Inneres, Äußeres und Landwirtschaft: Hennet, Vizekanzler und Unterricht: Breisky, Finanzen: Gürtler, Verkehr: Rudler, Handel und Ernährung: Grünberg, Justiz: Paltauf, Soziale Verwaltung: Pauer.

Die Pension Kaiser Karls.

Paris, 29 Januar. (Tel.-U.) Die Botschafterkonferenz bestimmte, daß Exkaiser Karl von den Nachfolgestaaten eine jährliche Pension von 6 Millionen Franken erhalten soll.

Papstkandidaten.

Die Wiener „Reichspost", ein katholisches Blatt, veröffentlicht das Verzeichnis der Kardinäle, unter denen der zukünftige Papst zu suchen ist. 30 Kardinäle sind Nichtitaliener, 31 Italiener. Von diesen 31 Kardinälen sind 14 als Kandidaten ausgeschlossen, weil sie schon hochbetagt sind. Es sind dies folgende: Prisco von Neapel (86 Jahre), Kardinaldekan Vanutelli (85 Jahre), Cagliero (84), Bacilieri von Verona (80), Marini (79), Cagiano de Azevedo (76), Sili (76), Francica Navadi Bontite von Catania (76), Vico (75), Ragonesi (72), Richelmi von Turin (71), Granito Pignatelli di Belmonte (71). — Der Kardinalsekretär zählt auch schon 70 Jahre und wollte in kurzer Zeit sein Amt dem Madrider Nuntius Tadeschini übergeben. Dasselbe Alter hat der Erzbischof von Florenz, Mistriangelo. Ebenfalls darf nicht mit der Wahl der 69jährigen Kardinäle de Lai und Valfredi di Bonzo gerechnet werden. Dasselbe wird von den 66jährigen Kardinälen Bisletti, Giorgi, Sbaretti und schließlich von den Kardinälen Ratti (Mailand), einem gelehrten Bibliothekar, und Ranuzzi, dem früheren Zeremonienmeister, welche je 65 Jahre alt sind, gesagt. Der Kardinal Scapinelli, früher Nuntius in Wien, hat krankheitshalber die Präfektur der Kongregation des Glaubens niedergelegt. Poggiani hat wegen der Opposition gegen die italienische Volkspartei sein Amt als Erzbischof von Genua aufgegeben. Er ist 59 Jahre alt.

So zieht die „Reichspost" nur 7 Kardinäle als Papstkandidaten in Betracht. Das sind: 1 Pompili, der Kardinalvikar von Rom, Bischof von Viletri, (64 Jahre), 2. Michele Lega (62), 3. der Patriarch von Venedig Lafontaine, 4. Giovanni Tacci (59), vorher Bischof von Citta della Pieve, später Nuntius in Brüssel und Zeremonienmeister, 5. Kardinaldiakon Kamillo Laurenti, früher Propagandasekretär, 6. Alession Alcatesi, Erzbischof von Benevent, der Benjamin des Kardinalkollegiums, den Papst Benedikt XV schon im Alter von 46 Jahren zum Kardinal erhob. 7 wird dann auch viel von dem 64jährigen Erzbischof von Pisa, dem Kardinal Maffi, gesprochen, welcher während des letzten Konklave im Jahre 1914 die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Wenn nichtitalienische Kardinäle in Betracht gezogen werden, so hat die meisten Aussichten der Kardinal Mercier (Belgien) und der Spanier Merry del Val (58), Staatssekretär unter Pius X. und Sekretär des Heiligen Offiziums.

Die kleine Entente formell geschlossen.

Wiener Blättern zufolge ist der ausschließliche Zweck des Aufenthalts der rumänischen Militärmission in Belgrad, mit dem General Cristescu an der Spitze, den Abschluß einer rumänisch-jugoslowakischen Militärkonvention durchzuführen. Anläßlich des Aufenthaltes dieser Mission in der Hauptstadt Serbiens hat König Alexander ein Frühstück gegeben, zu dem, was die Wiener Presse als bedeutsame Tatsache hinstellt, auch der italienische Gesandte in Belgrad, Graf Manzoni, eingeladen worden ist.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß mit dem Abschluß des Militärvertrages zwischen Südslawien und Rumänien, wie er auch bereits zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei und zwischen dieser und Rumänien besteht, der innere Kern der kleinen Entente formell geschlossen ist. Ein Vertrag zwischen Griechenland und der Tschechoslowakei ist nicht in Erwägung gezogen.

Sowjetrußland.

Rußland und die ausländischen Sozialisten.

Teriokt, 29. Januar. (Telunion.) Bekanntlich soll auf der am 2. Februar stattfindenden Konferenz des Kommissariats für innere Angelegenheiten von Vertretern der kommunistischen Partei der Antrag gestellt werden, die Verfolgung der ausländischen Arbeiterführer einzustellen, da diese auf die westeuropäischen Regierungen einen großen Einfluß ausüben und das Vorgehen der Sowjetbehörden gegen die auf die Anerkennung Sowjetrußlands durch die Westmächte äußerst nachteilig einwirken würde. Die Kommunisten müßten aber bemüht

---

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(46. Fortsetzung.)

Dabei mußte es sich ja gleich zeigen, ob das, was er in den letzten Stunden vernommen, auf Wahrheit beruhe. Übereinstimmend hatten ihm nämlich verschiedene Personen erzählt, daß March, der bis vor kurzem stets in Geldverlegenheit gewesen sei, in den letzten Monaten alle seine Schulden bezahlt habe. Die Leute lebten jetzt überhaupt viel besser als früher. Vermutlich hätten sie eine Erbschaft gemacht . . .

Frau March öffnete Bastl. Sie war eine blasse, schmächtige Frau, deren offener Blick einnehmend wirkte. Sechs Blondköpfchen umdrängten sie und lugten mit scheuer Neugierde nach dem Besuch.

In der kleinen Wohnung blitzte alles vor Sauberkeit. Frau March bot dem Gaste freundlich Platz in der Stube an, deren Hauptschmuck eines großes Bild des Hausherrn bildete, das über dem abgenützten Ledersofa hing.

„Mein Mann hat es selbst gemalt," sagte die Frau, als sie sah, daß Bastl einen Blick nach dem Bilde warf. „Nicht wahr, er hat sich gut getroffen? Ja, er wäre ein großer Künstler geworden, wenn er die Mittel gehabt hätte, sich auszubilden. Es ist ein Jammer, daß er es nur bis zum Polier bringen konnte."

Sie bedauerte sehr, daß ihr Mann gerade heute abwesend sei. Er habe nach Kalkreut fahren müssen, eines Baues wegen. Aber der Herr möge keine Sorge haben, die Schuld, von der er spreche, werde gewiß bezahlt werden. Sie wunderte sich, daß ihr Mann darauf vergessen habe, denn er habe in der letzten Zeit alle Außenstände beglichen.

„Ja, ich habe gehört, daß er kürzlich eine Erbschaft gemacht haben soll," murmelte Bastl, dem es wunderlich beklommen zumute war neben dieser jungen, arglosen Frau und in dem trotz aller Bescheidenheit behaglichen Heim des Baumeisters.

„Eine Erbschaft? Ach nein," lächelte Frau March halb verwundert, halb wehmütig. „So gut haben wir es nicht. Die uns nahestehen, haben nichts als ihre Liebe und ihren Segen, die sie uns hinterlassen können. Alles, was wir besitzen, verdanken wir der Arbeit meines guten Mannes, der sich für uns aufopfert. Aber er hat vor ein paar Monaten ein hübsches Stück Geld verdient, damit konnten wir uns ein bißchen herausreißen."

Lange danach, als Bastl nach Kalkreut zurückfuhr, mußte er immer noch mit Scham an seine Rolle als Gläubiger denken, die er der arglosen Frau vorgespielt.

Und doch, — wenn er jetzt nüchtern alles überdachte, was er über March in Erfahrung gebracht hatte, so schien ihm sein Verdacht begründet.

Woher hatte March auf einmal das Geld, um seine Schulden zu bezahlen? Seit einem halben Jahre hatte er nirgends eine Arbeit geleistet, die ihm auch nur annähernd so viel eintragen konnte, als seine Schulden betrugen. Darüber hatte sich Bastl unterrichtet.

Dagegen war von den Inwohnern des Brintnerhofes schon wiederholt die Vermutung ausgesprochen worden, der alte Brintner müsse bei weitem mehr Bargeld daheim gehabt haben, als die 2030 Kronen, die man beim Kotzen-Lipp fand. Stina behauptete, zu wissen, daß der Alte etwa acht Tage vor seinem Tode 5000 Kronen aus einem seiner Sparkassenbücher gehoben habe. Doch hatte sie dies, wie die Dinge lagen, nur Bastl und Toni anvertraut.

„Sie würden bei Gericht ja ohnehin nur glauben, der Herr oder die Frau hätten es gestohlen," meinte sie, „und da es das ganze Guthaben in diesem Buch war, und die beiden anderen Sparkassenbücher noch unberührt da waren, ist es niemand eingefallen, mich nach so was zu fragen. Aber ich weiß es genau, weil mir der Großvater, der sehr guter Laune war damals, als er mit dem Geld aus Wien kam, die fünf funkelnagelneuen Tausender selbst gezeigt hat."

Die Nacht lag Bastl schlaflos und dachte über die Sache nach. Toni war schon zu Bett gegangen, als er heimkam. Aber auf seinem Nachttisch lag die Zeugenvorladung zur Schwurgerichtsverhandlung.

Sollte er von seinem Verdacht sprechen übermorgen oder nicht?

Doktor Meyseder war dagegen. Aber vielleicht war's die einzige Möglichkeit, Andres, Justina und Fercher zu retten.

Dennoch konnte er zu keinem Entschluß kommen. Immer wieder tauchte eine kleine saubere Wohnstube vor ihm auf mit der blassen, freundlichen Frau March.

Er schauderte zusammen, wenn er an den namenlosen Jammer dachte, den ein einziges Wort aus seinem Munde über das Leben der Frau und ihrer Kinder bringen konnte.

Und er hatte ja keinen einzigen wirklichen Beweis! Nur Verdachtsmomente. Allerdings schwer ins Gewicht fallende.

In seiner Not ging er am nächsten Tage zu Doktor Heimdacher und vertraute ihm alles an.

„Ich weiß mir keinen Rat mehr! Raten Sie mir, Herr Doktor!"

„Schweigen, abwarten — unbedingt erst abwarten!" sagte der Arzt, der aufmerksam zugehört hatte, ohne Zögern, nachdem Bastl mit seinem Bericht zu Ende war.

„Es ist ja viel, was gegen March spricht, aber Doktor Mayseder hat recht; es sind vorderhand doch Vermutungen, die den Angeklagten nicht helfen, wohl aber den Schuldigen warnen und so alles verderben können. Warten Sie unbedingt erst das Urteil ab. Auch gegen die Angeklagten liegt außer dem Zeugnis eines Kretins kein Beweis vor. Man wird sie also kaum zum Tode verurteilen. Inzwischen suchen und forschen Sie weiter. Der Schuldige wird um so sicherer sein, wenn der Prozeß erst vorüber ist, ohne daß sich der Verdacht gegen ihn erhob."

„Aber wenn sie einmal verurteilt sind . . ."

„Urteile können aufgehoben, Prozesse revidiert werden, mein Lieber! Es ist Sache der Advokaten, die Einleitung eines neuen Verfahrens zu verlangen, wenn sich Beweise in anderer Richtung erbringen lassen."

Bastl mußte schließlich einsehen, daß der Arzt recht hatte.

Im stillen dachten beide dasselbe: es ist doch unmöglich, daß drei unbescholtene Menschen allein auf die Aussage eines Kretins verurteilt werden könnten!

(Fortsetzung folgt.)

sein, die Streitkräfte in den dreißen Klassen zu festigen. Bereits auf dem Petersburger Kommunistenkongreß erklärte s. Zt. Sinowjew, daß ein Zusammengehen der kommunistischen Partei mit den Menschewiki im Hinblick auf deren geringe Anhängerschaft überflüssig sei. Was jedoch die ausländischen Kommunisten anbetreffe, so wäre ein Übereinkommen mit diesen nötig.

Der Zusammenbruch des karelischen Aufstandes.

Helsingfors, 29. Januar. (Telunion.) Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen gestaltet sich die Lage der karelischen Aufständischen mit jedem Tage unhaltbarer. Die russischen Abteilungen haben an mehreren Stellen bereits die Grenze erreicht. Bei Nacht wird die Grenze mit Hilfe von Scheinwerfern bewacht, um die flüchtenden Karelier an der Überschreitung zu hindern. Im Murmangebiet sehen sich die einzelnen aufständischen Abteilungen, die den russischen Druck bis jetzt Stand gehalten haben, gezwungen, zurückzugehen.

Eine französische Note an Sowjetrußland.

Moskau, 29. Januar. (Telunion.) Der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, erhielt von Poincaré eine Depesche, in der die russische Regierung davon in Kenntnis gesetzt wird, daß das französische Parlament die zur Heimsendung der in Frankreich befindlichen russischen Soldaten nötigen Summen angewiesen habe. Es handelt sich hier um 2 Arten von russischem Militär: 1. diejenigen, die in russischen Abteilungen während des Krieges in der französischen Front gekämpft haben und 2. um Kriegsgefangene, die während des Waffenstillstandes aus deutschen Gefangenenlagern ausgebrochen und auf französisches Gebiet geflüchtet waren.

Der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag im Reichsrat angenommen.

Berlin, 29. Januar. (Telunion.) Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag an, der am 3. Dezember v. J. in Bern abgeschlossen worden ist. Es handelt sich hier um den ersten Vertrag, den Deutschland mit einem anderen Staat eingegangen ist, mit dem Ziel, alle entstehenden Streitigkeiten einer gewaltsamen Lösung zu entziehen und auf friedlichem Wege im Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahren zu schlichten. Besondere Bedeutung hat dieser Vertrag, weil er sozusagen als Modell dienen soll für Verträge mit anderen Ländern. Der Vertrag ist zunächst auf 10 Jahre abgeschlossen. Ferner wurde angenommen der Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen Deutschland und der Republik Österreich in Angelegenheit Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. Beide Staaten verbürgen sich darin gegenseitig in der Anwendung der bestehenden Versorgungsgesetze.

Aus dem besetzten Rheinland.

Die wirtschaftliche Durchdringung der Rheinlande.

Koblenz, 29. Januar. (Telunion.) Die frühere Koblenzer Bank ist von einem französischen Unternehmen aufgekauft und in die Rheinische Diskontobank mit einem Aktienkapital von 50 Mill. Mark umgetauft worden. Gleichzeitig ist eine Zweigstelle dieser Bank gegründet worden. Die Filiale der Banc Nationale de Credit Paris in Wiesbaden hat ihren Geschäftsbetrieb als Zweigstelle zum 1. Januar 1922 aufgegeben, um sich am gleichen Tage als Filiale der Rheinischen Diskontobank aufzutun. Die Banc Nationale de Credit Paris soll die Mehrzahl der Aktien der Rheinischen Kreditbank besitzen. Sie hat den Namen der Wiesbadener Filiale vermutlich nur deshalb geändert, weil sie glaubte, durch die Aenderung des Namens die Zahl ihrer deutschen Kunden zu vergrößern.

Ein neuer französischer Propagandakrieg im Saargebiet.

Köln, 29. Januar. (Telunion.) Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß auf Grund einer Verfügung der französischen Regierungskommission eine Prämie von 5000 Frank allen Saarländern gezahlt werden soll, die sich naturalisieren lassen. Ein Beitrag zu der fortschreitenden Französierung des saarländischen Wirtschaftslebens bietet die Tatsache, daß an den industriellen Werken zu zwei Drittel französisches Kapital beteiligt ist.

Neue Zeitungsverbote im besetzten Gebiete.

Koblenz, 29. Januar. (Tel.-U.) Auf Vorschlag des französischen Oberkommissars der Rheinlande an die Interalliierte Rheinlandkommission sind auf die Dauer von 6 Monaten der Münchener „Simplizissimus" und auf die Dauer von 3 Monaten das bayerische „Heimatland" und die Zeitschrift „Die schwarze Schmach" verboten.

Politische Tagesneuigkeiten.

Neue russische Dokumente für die Kriegsschuld Poincarés. Professor Pokrowskij, der von der Sowjetregierung damit betraut worden ist, die Geheimarchive der zaristischen Regierung zu studieren, berichtet in der „Prawda", daß die Sowjetregierung demnächst neue Geheimdokumente der zaristischen Regierung veröffentlichen wird, aus denen die Schuld Poincarés am Weltkriege hervorgeht.

Agrarreform in Litauen. Es laufen Nachrichten ein, daß der litauische Sejm in nächster Zeit zur dritten Lesung des Gesetzes über die Agrarreform schreiten wird. Das Gesetz ist in dem Sinne verfaßt, den polnischen Einfluß in Litauen aufzuheben, und auf deren Grundlage können Enteignungen kleinerer und größerer Landwirtschaften ohne Auskauf erfolgen. In Litauen gibt es 95 % größere und kleinere Landwirtschaften.

Entlassung deutscher Beamten in Lettland. Die Rigaer Stadtverwaltung hatte auf Grund der Verordnung, die von allen Beamten die Kenntnis der lettischen Sprache verlangt, vor mehreren Tagen zahlreiche deutsche Angestellte entlassen, ohne dabei die sachlichen Interessen der Kommunalverwaltung zu berücksichtigen. Viele Hunderte deutsche Beamten sind hierdurch brotlos geworden. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Ausschuß der deutschen Parteien Lettlands am Sonntag mehrere Protestversammlungen, die von Tausenden besucht waren. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, in der die deutschen Stadtverordneten und Stadträte ihrem Protest in der Weise Ausdruck gaben, daß sie von ihren Posten zurücktreten.

Republik Polen.

† **Polnisch-japanischer Schiffsverkehr.** Die japanische Schiffahrtsgesellschaft „Nipon Yubin Kwaisha" hat die Absicht, eine Verbindung mit Polen auf dem Seewege über Danzig herzustellen. Ende Februar geht der erste Warentransport aus Japan ab. Wenn sich diese Maßnahme als zweckmäßig erweist, wird der reguläre Schiffsverkehr zwischen Danzig und Japan aufgenommen werden.

* **Polnisch-russische Verhandlungen.** Die russische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, Verhandlungen zum Abschluß eines polnisch-russischen Handelsvertrages anzuknüpfen. Diese Verhandlungen werden in Warschau stattfinden. Seitens Polen wird der Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel Straßburger und seitens der Sowjetukraine der diplomatische Vertreter der ukrainischen Republik in Warschau Szumski den Vorsitz führen. In einer Auskunft, die der Sowjetgesandte in Warschau Karchan dem Mitarbeiter des „Nowyj Put" gab, erklärte Karchan, daß nach der Annäherung zwischen Rußland und Westeuropa die Chancen zur Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Polen zunahmen. In Kürze könne man den Abschluß eines polnisch-russischen Handelsvertrages erwarten.

† **Vor der Unterzeichnung des estnisch-polnischen Handelsvertrages.** Am 2. Februar wird in Warschau eine aus acht Personen bestehende estnische Delegation eintreffen, die den estnisch-polnischen Handelsvertrag in Warschau unterzeichnen soll.

Deutsches Reich.

** **Ministerpräsident Braun zur Saargebietfrage.** Im preußischen Landtag ergriff bei Beratung der großen Vorlage der Adresse an den Präsidenten der französischen Republik, betr. den Wunsch der Wiedervereinigung des Saarlandes mit Frankreich sowie über die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet und über die Verhältnisse des Saargebietes überhaupt, Ministerpräsident Braun das Wort, um nachdrücklichst gegen die Vergewaltigung und Quälereien, die namentlich in den von den Franzosen besetzten Gebietsteilen zu verzeichnen sind, zu protestieren. Der Ministerpräsident nahm zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen die Worte, die Clémenceau nach dem Buche Tardieus bei den Pariser Friedensverhandlungen gegenüber Wilson und dem Ministerpräsidenten Lloyd George gemacht hat, es gäbe in der Gegend dort mindestens 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Auch diese Menschen, die im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt haben, haben für sich Anspruch auf Gerechtigkeit. Der Redner wies darauf hin, daß wenigstens dem Sinne nach diese Worte bestimmt gewesen seien, als sollten 150 000 Einwohner des Saargebietes durch Eingabe ihrer Zuneigung zu Frankreich und ihren Wunsch auf Angliederung des Saargebietes zum Ausdruck gebracht haben. Unter lebhafter Zustimmung des Hauses erklärte der Ministerpräsident, daß sich in dem Saargebiet mit seiner kerndeutschen Bevölkerung kein irgendwie ins Gewicht fallender Bruchteil jener angeblichen 150 000 Franzosen fände, noch daß es ihn gegeben habe. Im Gegenteil dringen immer wieder in das Reich hinein Rufe um Hilfe und Proteste gegen die Vergewaltigung der dortigen Behörden. Es lägen nicht im mindesten verbuchte Tatsachen vor, die die Behauptungen Clémenceaus stützen könnten.

** **Die Folgen des neuen deutschen Posttarifs.** Aus Berlin wird gemeldet: Die Erhebungen über den Brief-, Telegraphen- und Telephonverkehr seit der letzten Tariferhöhung am 1. Januar haben beim deutschen Brief- und Telegraphenverkehr einen Rückgang um nahezu 50 % ergeben. Für den Telephonverkehr fehlt es noch an abschließenden Zahlen.

** **Aus den Reichstagsausschüssen.** Im Reichstagsausschuß für das Branntweinmonopol entspann sich eine ausführliche Debatte über den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Verpackungszwang. Es wurde beschlossen, daß Trinkbranntwein nur unter Kennzeichnung des Weingeistgehaltes in Raumhundertteilen in Verkehr gebracht werden darf. Ausnahmen können für besondere Gegenden und besondere Trinkbranntweinarten zugelassen werden.

** **Redeverbot für Klara Zetkin in Saargebiet.** Der kommunistischen Abgeordneten Klara Zetkin ist französischerseits das Auftreten in einer von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlung im Saargebiet verboten worden.

** **Reichstagsabgeordnete Frau Luise Zietz gestorben.** Frau Reichstagsabg. Luise Zietz, die gestern im Reichstage einen Schlaganfall erlitt, ist heute früh verstorben. Sie vertrat den Wahlkreis Berlin und gehörte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an.

Freistaat Danzig.

*† **Ein polnisches Gymnasium in Danzig.** Der Danziger Senat teilt mit, daß er sich auf Grund der Verhandlungen mit Repräsentanten der polnischen Bevölkerung in Danzig mit der Bildung eines polnischen Gymnasiums in der freien Stadt Danzig unter folgenden Bedingungen einverstanden erklärt: Das polnische Gymnasium dürfen nur die Kinder derjenigen Beamten der Republik Polen besuchen, welche ständig in Danzig arbeiten und wohnen, auch die Kinder der Bürger Danzigs, deren Muttersprache die polnische ist. Kinder, die nicht polnischer Abstammung sind, dürfen nicht ins polnische Gymnasium gehen. Die Unterrichtssprache wird die polnische sein. Das Gymnasium erhält keinerlei Zuschüsse. Die Frage der Anerkennung der Reifeprüfung auf dem polnischen Gymnasium wird erst dann geregelt, wenn die letzte Klasse gebildet werden wird.

*† **Eröffnung einer polnischen Regierungskasse in Danzig.** In Danzig wird am 1. Februar eine Regierungskasse der Republik Polen eröffnet. Die Leitung liegt in den Händen von Finanzrat Mikolajczak und Ramult.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 30. Januar.

\# **Schießerei auf einem Offiziersball.** Böse Folgen hatte ein Streit, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf einem Offiziersball im „Bazar" zwischen einem Major und einem Akademiker ausbrach. Beide Herren stammen aus Wilna. Im Verlaufe des Streits, der angeblich um eine Dame ausgebrochen war, gab der Major dem Akademiker, der ebenfalls ehemaliger Offizier war, eine Ohrfeige. Der Angegriffene wollte sich zur Wehr setzen und griff in die Tasche, um den Revolver zu ziehen. Der Major, der dem Akademiker zuvorkommen wollte, stürzte sich auf diesen; hierbei gingen unglücklicherweise zwei Schüsse los, die den Major bedenklich am Unterleib verletzten. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen. Der Verlauf der Operation soll ein günstiges Ergebnis gehabt haben, so daß Befürchtungen für das Leben des Verletzten nicht bestehen. Bemerkt werden muß, daß der Akademiker einen Waffenschein besaß.

\# **Das Deutsche Gymnasium** teilt mit, daß es nicht zu den Anstalten gehört, die wegen der Kälte den Unterricht eingestellt haben. Der Unterricht geht ohne Unterbrechung weiter.

\# **Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge.** Die angekündigte Vorlesung von Herrn Studienrat Dr. Beckmann über „moderne Pädagogik" wird demnächst beginnen. Der Tag des Beginns wird noch mitgeteilt werden. Im weiteren Fortgange des Lehrganges für Deutsch- und Heimatkunde wird Herr Studienrat Dr. Beckmann am kommenden Mittwoch, dem 1. Februar, diesmal mit Rücksicht auf die um 8 Uhr stattfindenden Hans Sachs-Spiele pünktlich um 6 Uhr im Zeichensaal des Deutschen Gymnasiums den Vortrag über „Deutsche Weltanschauung" halten.

\# **Spielgemeinde Marowski.** Die Spielgemeinde Marowski, die in der Provinz mit großem Erfolg ihre künstlerischen Volksspiele ausgeführt hat, wird am Mittwoch, den 1. Februar, eine Vorstellung von Hans Sachs'schen Fastnachtsspielen geben. Es kann darauf als eine ganz besonders gelungene Vorstellung hingewiesen werden, die überall, wo sie veranstaltet wurde, außerordentlichen Eindruck und Heiterkeit erzielt hat. Eintrittskarten sind zu 300, 200 und 100 Mk. im Vorverkauf der Evgl. Vereinsbuchhandlung zu haben.

X **Miljonówka.** In der letzten Ziehung der Miljonówka gewann die Nr. 3381 395.

\# **Tödlicher Unglücksfall.** Angestellte des hiesigen Hauptbahnhofes fanden auf den Schienen den Schlosser Andrzej Madajk, dem durch einen vorüberfahrenden Zug wahrscheinlich durch eigene Unachtsamkeit beide Beine vom Körper getrennt worden waren. Der Bedauernswerte starb bald nach seiner Überführung im Krankenhaus.

\# **Diebstahl.** Im Wartesaal I. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofes wurde einer Dame eine schwarze Geige mit Futteral gestohlen. Die Geige trug die Inschrift: „Erinnerung an Wien 1807—1907" und den Namen „Maria von Binsen". Der Wert ist mit 20000 M. angegeben.

* **Thorn, 29. Januar.** Ein frecher Diebstahl wurde in der Nacht von Freitag auf Sonnabend im Schnellzug Posen-Thorn verübt. Auf einer kleinen Station bei Gnesen traten mehrere Personen in das Abteil zweiter Klasse, wo sich ein Herr Günther befand, der in einer Handtasche 4 Millionen Mark mit sich führte. Nach kurzer Zeit gab einer der Ankömmlinge vor, krank zu sein, und zu seiner Hilfe wurde auch Herr Günther gebeten. Bei dieser Gelegenheit wurde Herr G. mit Äther betäubt und ging seiner Handtasche mit dem kostbaren Inhalt verlustig. Herr G. kam erst nach längerer Zeit zum Bewußtsein, als der Zug schon bei Inowraclaw war. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Untersuchungen haben noch kein Resultat ergeben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau, 22. Januar.** Ein Fall von Scheintod hat sich hier ereignet. Am verflossenen Freitag zog sich dem „Kurj. Wiecz." zufolge eine Einwohnerin des Hauses Konstantinerstraße 42 eine Kohlengasvergiftung zu. Der herbeigerufene Feldscher stellte den Tod fest. Da die Erkrankte eine Jüdin war, brachte man sie sofort auf den Friedhof, um sie noch vor Anbruch des Sabbats zu bestatten. Da an diesem Tage viele Begräbnisse stattfanden, konnte man sie nicht vor Eintritt der Dunkelheit begraben. Deshalb wurde sie zusammen mit fünf Leichen in der Leichenhalle untergebracht. Einer der Friedhofsdiener wachte bei den Toten, die nackt auf einer steinernen, feuchten Diele lagen. Nach einiger Zeit bemerkte der Wächter, daß einer der Toten ein Bein bewegte. Er trat näher und war Zeuge der Wiederbelebung der Frau. Vor Schreck fiel der Wächter in Ohnmacht. Zum Glück erschien bald darauf ein anderer Bedienter, der den ersten ablösen sollte. Beim Anblick des Ohnmächtigen und der nackt herumlaufenden Frau begriff er, worum es sich handelte. Er hüllte sie in einen Mantel und brachte sie nach Hause, wo die Scheintote an einer schweren Lungenentzündung erkrankte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	30. Januar	28. Januar
Bank Związku I.—IX. Em.	220 +A	220 +
Bank Handl., Poznań I.—VIII. Em.	360 +A	360 +A
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VI. Em.	—,—	240 N
Pozn. Bank Ziemian I.—III. Em.	—,—	235 +N
Wielkopolski Bank Rolniczy	200 +A	200 +N
Centrala Skór I.—IV. Em.	225 +N	225 +
Hurtownia Drogeryjna	—,—	130 +N
Hurtownia Związkowa	130 +N	—,—
H. Cegielski I.—VII. Em.	185 +N	—,—
C. Hartwig I.—IV. Em.	290 +A	—,—
Patria	—,—	390 +
Luban	800 +A	800 +N
Dr. Roman May I.—IV. Em.	440 +A	440 +A

Auszahlung Berlin 17,30—17,45 +.

Inoffizielle Kurse:	30. Januar	28. Januar
Bank Przemysłowców	—,—	210 +N
Herzfeld-Viktorius	265 +N	—,—
Bentzki	470 +N	—,—
Kabel	—,—	140 +N
Wytwornia Maszyn Młyńskich I—III.	—,—	280 +N
„ „ „ IV	—,—	250 +N
Wielk. Huta Miedzi	265—270 +N	—,—
Waggon Ostrowo	125 +N	—,—
Orient	205 +A	—,—
Sarmatia II. Em.	380 +A	430 +A
Hurtownia Skór I. Em.	—,—	280 +A
„ „ II. Em.	—,—	—,—
Trie	155 +A	—,—

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. Januar 1922.

(Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen	9 800—10 800	Schminkbohnen	11 000—12 000
Roggen	7 600	Leinsamen	13 000—14 000
Braugerste	7300—7700	Rübsen	13 500—14 500
Hafer	7500—7900	Odermennig	13 500—14 500
Weizenmehl 70 %	17 000—18 000	Wicken	6500—7500
Roggenmehl 70 %	10 000—10 900	Peluschken	7000—8000
Felderbsen	8500—9500	Seradella	11 000—13 000
Weizenkleie	5200	Buchweizen	10 000—11 000
Roggenkleie	5100	Blauer Lupin	5000—6000
Kartoffeln	3200—3400	Gelber Lupin	5000—6000

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: ruhig.

= **Danzig, 30. Januar.** An der heutigen Börse wurden amtlich notiert: Polnische Noten 6,05, Auszahlung Warschau 6,10, Dollar 200, französische Franks 1660—1670, englische Pfund 850—860.

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 30. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.	Ort	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	758,2	—14	OSO	9	Neapel	—	—	—	—
Bromberg	759,9	—12	OSO	4	Florenz	756,6	+6	SO	1
Warschau	761,8	—12	SO	2	Zürich	756,5	+5	SW	3
Lodz	760,6	—14	SO	7	Paris	750,6	+7	WSW	5
Lemberg	766,4	—14	Windst.	0	Lerwick	—	—	—	—
Danzig	760,9	—13	SO	2	Kopenh.	755,3	—4	SO	5
Berlin	75[illegible]0	— 9	OSO	5	Karlstad	759,5	— 9	NNO	3
Hamburg	744,3	— 5	S	5	Stockh.	760,0	—4	SSW	3
Belgrad	—	—	—	—	Bergen	753,6	—1	Windst.	0
Budapest	761,3	—13	NNO	2	Helsingf.	762,3	—9	SW	5

Luftdruckverteilung über Europa: Der nördliche Teil des über Ost-, Mittel- und Südeuropa lagernden Hochdruckgebietes ist etwas nach Osten zurückgegangen, der südliche Teil hat sich verstärkt. Die schon einige Tage über England stehende Depression ist nach der Nordsee gewandert.

Voraussichtliches Wetter für den 31. Januar: Bewölkt, aber überwiegend heiter, noch merkbarer Frost, ziemlich starke südöstliche Winde, später möglicherweise leichte Schneefälle.

Das Wetter in Posen: Etwas neblig, Temperatur um 12 Uhr 10,9 Grad Kälte, Schneedecke 15 Zentimeter. Der Barograph, der bis jetzt langsam fiel, fällt ziemlich schnell.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznan.

Nachruf.

Am 25. Januar 1922 verschied das langjährige Ehrenmitglied des Landwirtsch.-Vereins Welnau und Umgegend,

Herr Pastor a. D.

Waldemar Pechner.

Derselbe hat nicht nur 32 Jahre, bis ihm die Kraft gebrach, für seine Kirchengemeinde liebevollst gewirkt, sondern auch dem Verein eine Reihe von Jahren als Vorstandsmitglied hilfsbereit zur Seite gestanden. Wir betrauern schmerzlich den Verlust dieses Mannes. Deshalb wird sein Andenken auch übers Grab hinaus von uns stets in Ehren gehalten werden. [5045

Turostówko, powiat Gniezno, den 26. Januar 1922.

Wiesner, Vorsitzender.

Gott schenkte uns einen

gesunden Sohn.

In dankbarer Freude

Oberpfarrer Hilmar Jüterbock und Frau Hildegard, geb. Treutler.

Międzychód, den 27. Januar 1922.

Aufn. u. Bruderm. nicht am 1. II. sondern am 8. II.

Wichtig für die Provinz!

Wir besitzen auf Lager in beschränkter Menge **feine schwarze Tuche „Boston Krepo“** und senden einem jeden, der uns seine Adresse zukommen lässt, unter Nachnahme:

1. 3 Meter zu einem Anzug nur für **7000 Mark.** „Boston Krepo“ ist ein Stoff von bester Gattung, sehr dauerhaft, effektvoll, seidenweich und deshalb unerlässlich für jeden Herrn, der einen eleganten Anzug sich zuzulegen wünscht. Die Farbe ist ausschliesslich schwarz.
2. Stoff dieser Gattung speziell für Damenkostüme „Boston A“. 4 Meter für ein ganzes Kostüm **8850 Mark.** Farbe schwarz, blau und covercot.
3. Ein Kupon zu Beinkleidern. Eleganter Stoff zu Beinkleidern hergestellt aus ausländischer Wolle, grösstes Ausmass, für **2700 Mark.**

Ohne Risiko! Käufer riskiert nichts, denn wenn ihm die Ware nicht gefällt, zahlen wir das Geld im ganzen zurück. Verpackung u. Portokosten zu Lasten des Käufers. Bei Kauf dreier Abschnitte gehen Verpackung und Portokosten auf unsere Rechnung

Adresse: **Tuchlager Bernsztejn & Co.**
Bialystok, Kościuszko-Strasse Nr. 3 h.

Mittwoch, 1. Februar, 8 Uhr, im Groß. Saal des Ev. Vereinshauses.

D B

Fastnachts-Spiele von Hans Sachs.

Spielgemeinde Marowski.

Eintrittskarten zu 300, 200 u. 100 M. in der Evangel. Vereinsbuchhandlung.

Wohnhaus in Fürstenwalde,

5 Wohnungen, ⅓ Mrg. Land, tausche [505 gegen Wirtschaft 40—60 Mrg. mit totem u. lebendem Inv. Ausführl. Ang. an Szarszewski, Fürstenwalde, Spree, Wriezenerstr. 1 b.

PAŁACOWY Teatr plac Wolności Nr. 6.

Täglich

Die Königin der Kohle.

Wunderschöne Komödie in 6 Akten aus dem Leben der Plutokratie Neuyorks.

Künstler-Konzert.

Wegenersche Frauenschule mit Internat.

Das 2. Tertial hat bereits begonnen. — Anmeldungen nimmt noch entgegen [4521

Poznań, Wały Jagiełły 1/2. **M. Wegener, Direktorin.**

Für Polen ist die Fabrikation und der Alleinvertrieb zu vergeb.

von einer in Deutschland erfolgreich eingeführten Brikettpresse für Hand- u. Kraftbetrieb zur einf. Brikettierung von Rohtorf, Braunkohle u. brennbar. Abfallstoffe aller Art, einschließl. deren Brikettierungsverfahren. Einrichtung von Torfkohlen, Torfkoks-, Torfgas-, Torfelektrizitäts- und Torfschwelerei-Anlagen bei gleichzeitiger Gewinnung von Nebenprodukten. Vergasungsanlagen fester Brennstoffe Kühlanlagen. Näh. bei **Ingenieur Stößel,** Poznań, ulica Grudzieniec 11.

Seit länger als 30 Jahren eingeführt.

Erzeugnisse warmer Destillation.

Die besten Liköre

ANISETTE (weiss)
MOCCA (weiss)
CACAO (gelb)

am meisten verbreitet.

B. Kasprowicz w Gnieźnie

Suchen Sie Käufer auf Ihr Gut, Landwirtschaft, Hausgrundstück, Hotel, Geschäft usw., dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die gerichtl. eingetr. offene Handelsgesellschaft **von Neyman & Co.,** Zentrale: Poznań 1, Piekary 5. Tel. 3975.

Vertausche gegen gleichwertiges Geschäftsgrundstück:

Kolonialwaren en gros u. en détail **und Schankbetrieb.** Lagerräume, Speicher, Pferdeställe, Scheune; 6-Zimmer-Wohnung vorhanden und im besten Zustande. Deutsch-Schlesien oder Provinz Hannover bevorzugt. Anfragen zu richten an **Frd. Warnke, Trzemeszno.** 5053]

Suche zum Tausch

Begüterung ca. 8000 Morg., Rittergüter 1500—3000 Mrg., Güter 400—800 Morg. Bei Tausch garant. Auswander. m. ges. Verm. Kaufe Güter jed. Größe m. Auszahl. gleichwo. Für Auswanderer Uebernahme günstig. landw. Hypoth. in Deutschl. **Gutsb. U. Pieper,** Toruń, Bydgoska 74. Tel. 822.

Trocken. Erlenscheitholz u. Torf

in Waggonladungen franko Station Lubosz, Kr. Międzychód sof. abzugeb. Offerten an **Głowacki, Młyńska 41, rechts.**

Ca. 4—5 Waggon Saatkartoffeln,

vorzugsweise Industrie, auch andere Sorten, zur Ausfuhr nach Holland zu kaufen gesucht. Eilofferten unter Angabe der Lieferungsbedingungen an [5061

Th. Heydendaal, Arnheim (Holland).

Telephon 2670. Ausfuhrbewillig. hat Verlader zu beschaffen.

Kaufe

Bienenhonig.

Aeußerste Preisangabe. **von Borowski, Poznań - Jeżyce, Piotra Wawrzyniaka 3. (Großhandel).**

---

2 vollkommen neue, ungebrauchte sehr **elegante Schlitten,** einer 6 sitzig, einer 4 sitzig, sind sofort sehr preisw. zu verkaufen.

Walther Dolscius, Holzbearbeitungsfabrik, **Grodzisk.**

Wir haben [5064

ca. 200 Zentn. Sägespäne

gegen Höchstgebot abzugeben.

Mühle Carlsbach in Kościerzyna, poczta Falmierowo

Ankäufe u. Verkäufe

Für Amerikaner

(Polen) suchen wir ständig Landwirtschaften, Mühlen, Ziegeleien und alle sonstigen Besitzungen und Geschäfte.

Biuro Fr. Świętego, w Grodzisku, Wlkp (Grätz) ulica Bukowska 61. Tel. 9

Welcher deutsche Auswanderer verkauft gut erhaltenes **Klavier** od. Grammophon. Gefl. Off. u. P. M. 5046 a. Geschäftsst. d. Bl. erb.

---

2 unmöbl. Wohnzimmer oder 2 Zimmerwohnung

zu kaufen gesucht. Off. u. 5060 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Achtung für Auswanderer! (5059

Kaufe sämtliche getragene Sachen, sowie Boden- und Kellergerümpel. Postkarte genügt. **Przybylski, Długa 6.**

Teppiche, Klaviere, Möbel, antike Sachen aller Art kauft sofort per Kasse **P. Jakubiak, Altwaren-Geschäft, ulica Wrocławska 20. Teleph. 3749.** (4653

Größeres

Nivellier-instrument

preisw. zu verkaufen. Zabel, Szamotuły, Obrzycka 7.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für Monat Februar 1922

durch die Post zum Preise von M. 275.— zuzüglich Zustellgebühr.

Name ____________ Wohnort ____________

____________ Straße ____________

Stellenangebote

Gesucht wird zum 1. 4. auf ein Gut ein verheirateter

Maschinenmeister oder Monteur,

der mit landwirtsch. Maschinen, Drehbank u. elektr. Licht vertraut ist. Meld. u. P. K. 5063 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Verheir. Brennereiverwalter

zum 1. April d. Js. oder nach Beendigung der Kampagne gesucht. Meldungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen an [5049

von Fischer, Parchowo (Pomorze), powiat Kartuzy, Bahnstation Lipusz.

Molkereigehilfe

für Kessel und Dampfmaschine sofort gesucht.

Posener Molkerei, Ogrodowa 14.

Suche Stellmacher

zum 1. April d. J. tüchtigen, evangel. bei hohem Lohn und Deputat. Meldungen mit Zeugnisabschriften an [5010

Ernst Buettner-Schönsee, Rittergutsbesitzer. **Jeziorki-koszkowski,** poczta Kiezysztowo, powiat Wyrzysk.

Gesucht zum 1. 3. od. später deutsch., evgl. aus guter Fam.

Eleve oder Assistent

Polnisches Schreiben u. Sprechen Beding. Bild, Lebenslauf, Referenz. **Naumann, Dąbrówka, powiat Rawicz.**

Gut empfohlenen verh. [5041

Guts-Stellmacher

zum 1. April 1922 gesucht. **C. Hildebrand,** Mieszczewo bei Kostrzyn, Bezirk Poznań.

Größeres Getreidegeschäft in der Nähe von Poznań sucht zum baldmöglichsten Antritt eine

bilanz- u. abschlußsichere Buchhalterin,

die an strenge Tätigkeit und präzises Arbeiten gewöhnt ist. Polnische Sprachkenntnisse erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Gefl. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter **H. F. 5011** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Erstklassige

Stenotypistin

nach Deutschland bei hohem Gehalt gesucht. Off. u. **5015** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Auf Gut n. Deutschl. z. 1. 2. ges.

1 Stuben- und 1 Küchenmädch.

Meldungen unter A. Z. 5057 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Gesucht zum 15. 2. oder 1. 3. eine evangelische

Stütze

für Landhaushalt. Familienanschluß. Gehaltsforderung. Bild und Zeugnisse zu senden an

Kropf, Dampfziegelei, Bleszew, Bahnhof.





Oberförster

sucht Stellung für bald oder später. Gefl. Off. u. B. K. 4974 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Forstmann u. Fasanenjg.

32 J. alt, verh., evgl., deutsch u. polnisch spr., mit allen forstl. u. jagdl. Arb. vollst. vertr., sucht v. 1. 4. bei dtsch. Herrsch. Stellg. Angebote erbeten unter 5055 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Deutsche Dame

in den 40er Jahr., die auch polnisch spricht, firm in Haus- u. Hoverwaltung **sucht Stellung** per bald oder später im vornehmen Hause. Beste Zeugnisse und Referenze zur Verfügung. Gefl. Anfragen erbeten unter I. 871 an **Annoncenbureau „Par“, Poznań,** ul. Fr. Ratajczaka 8